Begrüßung 1. Mai 2021
Siegfried Hubele

Liebe Kolleginnen und Kollegen

ich begrüße euch im Namen des DGB Kreisvorstandes.

Zum 2. Mal findet unsere Mai Kundgebung unter den Bedingungen der Covid 19 Pandemie statt.

Wir haben wegen der Pandemie auch wieder auf die gewohnte Bewirtung und ein kulturelles Programm verzichtet, um die Abstandsregelungen und die Hygienemaßnahmen einhalten zu können.

Keine Frage: Covid 19 kostet Hunderttausenden das Leben. Angesichts überlasteter Intensivstationen ist entschiedenes Handeln in der Pandemie geboten. Sonst stehen Ärzt*innen bald flächendeckend vor der Frage, wer eine intensivmedizinische Behandlung erhält und wer nicht. Pflegekräfte leiden zunehmend an Überbeanspruchung - werden selbst krank und Nachwuchs an Fachkräften wird es unter solchen Bedingungen immer weniger geben.

Die aktuellen Maßnahmen gegen die Pandemie haben eine gravierende Schieflage: Sie betreffen fast ausschließlich das Privatleben. Die „Wirtschaft“ bleibt bei diesem **Privatlockdown** außen vor. Während Kinder wochen- und monatelang im „Homeschooling“ versauern, Millionen von sogenannten Minijobs gestrichen sind, kleine Läden, Künstler u. andere keine Arbeit haben, werden unsinnige Ausgangsverbote verhängt, andererseits laufen Fließbänder bei den Fleischkonzernen, wie z.B. hier bei Vion in Crailsheim, laufen Autos, Panzer und Rüstungsgüter - wie hier bei Kärcher - munter weiter vom Band.

Statt in Frage zu stellen, warum Autos nicht ein paar Wochen später produziert werden können und die Krise zu nutzen für neue Verkehrskonzepte - auch die Rüstungsproduktion in Frage zu stellen - regt man sich z.B. über die erwerbslose Nachbarin auf, die ihre Kinder in die Kita schickt oder über Jugendliche, die zusammen im Park ein Bier trinken. So wirkt die Pandemie entsolidarisierend und Konzerne und Großunternehmen können weitermachen wie bisher.

So betrachtet sind Vorschläge ernst zu nehmen und nicht von der Hand zu weisen, die Unternehmen in die Pflicht nehmen würden und alle nichtessentiellen Betriebe für einige Wochen bei voller Lohnfortzahlung still zu legen. Anstatt Wochen und Monate zu lavieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer arm ist, stirbt eher an Sars-Covid 19. Das haben nun auch Studien des Robert-Koch-Instituts bestätigt. Demnach ist das Risiko an Corona zu sterben in Regionen, wo Menschen überproportional an Armut leiden, um 50 – 70 % höher als in den Vierteln der Reichen.

Bereits jetzt arbeiten fast 40 % aller Beschäftigten in sog. prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Beispielweise sind bei BMW in Leipzig gerade einmal 3 800 Beschäftigte fest angestellt, 1 000 sind als Leiharbeiter*innen tätig und rund 4 000 Beschäftigte mit Werkverträgen, alle schlechter bezahlt und mit schlechteren Arbeitsbedingungen. Diese Entwicklung ist nicht wie eine Pandemie über uns hereingebrochen, solche Arbeitsverhältnisse wollte das deutsche Kapital und die damalige SPD/Grünen Regierung hat dies mit der Agenda 2010 – Hartz 4-Gesetzen ermöglicht.

Auch in unserer Region gibt es große Unternehmen, die Leiharbeit und Werkverträge zu den Hauptbeschäftigungsverhältnisse umgewandelt haben, nicht nur in der skandalträchtigen Fleischindustrie.

Erst vergangene Woche hat die Gewerkschaft NGG (Nahrung, Genuss, Gaststätten) zusammen mit uns vom DGB Sch. Hall vor dem Schlachtbetrieb Vion in Crailsheim eine Infoveranstaltung organisiert. Einige Wochen vorher waren wir auch schon vor dem Schlachtbetrieb der Bäuerlichen in Hall aktiv. Ein versprochener Zugang für die Gewerkschaft auch in diesen Betrieb ist bisher nicht erfolgt.

Wenn unser diesjähriges DGB Motto – **Solidarität ist Zukunft** - eine lebendige Losung sein soll, dann hat es insbesondere in solchen Betrieben eine große Bedeutung.

Bei Vion z.B. sind vermutlich die Mehrheit der Beschäftigten aus Ländern wie Rumänien, der Slowakei, Ungarn und Polen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Auch wir Gewerkschaften sind natürlich für mehr Tierwohl und Einschränkung des Fleischkonsums, nicht zuletzt wegen der Klimakrise. Dabei muss aber das „Menschenwohl“ einen gleichbedeutenden Rang haben.

Trotz gesetzlicher Änderungen in der Fleischindustrie - Einschränkung bzw. Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen - sind viele unserer ausländischen Kollegen bei Vion gar nicht oder schlecht informiert, welche Art von Arbeitsverträgen sie überhaupt haben.

Kollegen aus verschiedenen EU Ländern hatten uns erzählt, dass sie für 212 Arbeitsstunden gerade mal 1800 € verdient hätten. Ein Metzger aus einem EU Land der seit 14 Jahren bei Vion arbeitet sagte, dass er nur den

Mindestlohn von 9.50 € erhalten würde, obwohl Vion behauptet, die Arbeiter würden 14 bzw. Fachkräfte 17 Euro verdienen.

2019 war das DGB Motto für den 1. Mai „Europa- Jetzt aber richtig“ - das hat wohl die Politik nicht erreicht !

Von den EU Abgeordneten erwarten wir, dass sie sich auch darum kümmern, ob die sogenannte „europäische Dienstleistungsfreiheit“ nicht zur Narrenfreiheit der Unternehmer verkommen ist!

Liebe Kollegen und Kolleginnen.

Im Rahmen der Pandemiebekämpfung sind und werden Milliarden an Euro ausgegeben. Wir befürchten, dass nach der Pandemie am Sozialstaat diese Kosten eingespart werden sollen. In einer ganz aktuellen Studie der unternehmernahen Institute wie DIW, Ifo Institut u.a. die vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegeben wurde heißt es: „**Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters würde die Staatsfinanzen gleichzeitig ein – und ausgabenseitig stützen** „Die Forderung des Unternehmensverbandes BDI nach der Rente mit 69 wird nach der Pandemie sicherlich eine Kampfaufgabe der Gewerkschaften sein, denn schon Rente mit 67 bedeutet letztendlich eine Rentenkürzung.

Wir sagen die Reichen und Superreichen müssen statt dessen zur solidarischen Finanzierung über eine Vermögensabgabe herangezogen werden. Das wäre nach unserem Motto **Solidarität ist Zukunft** .

Zusätzlich muss diese unverantwortliche Aufrüstung der Bundeswehr gestoppt und verringert werden. Deutschland hat im vergangenen Jahr seine Militärausgaben so sehr gesteigert wie kein anderer Staat unter den zehn am stärksten aufgerüsteten.

Wir fordern **Abrüsten satt Aufrüsten**. Keine weitere Militarisierung des Gesundheitssystems durch Bundeswehrangehörige, Schluss mit Merkels Heimatschutz. Wir brauchen keine Bürgerkriegstruppe gegen den „Inneren Feind“. Wir brauchen eine Politik der gemeinsamen Sicherheit, die friedliche Lösungen globaler Probleme zwischen den Staaten, insbesondere mit Russland und China, fördert.

Unser Hauptredner ist heute **Robert Weißenbrunner**, 1. Bevollmächtigte der IG Metall Hanau-Fulda, den ich hiermit ganz herzlich begrüße. Seit 1990 sind 213 Todesopfer wegen rechter Gewalt zu beklagen. Darunter die 10 Opfer des sog. NSU, die Toten von Halle, beim Angriff auf die Synagoge, der Mord an Walter Lübke, dem Kassler Regierungspräsidenten und der rechtsterroristische Mord an 9 Hanauer Bürgern mit migrantischem Hintergrund im Februar 2020.

Die Gewerkschaften sind aus ihrer Geschichte heraus konsequent gegen rechten Terror und gegen rechte Entwicklungen auch in Polizei und Militär.

Die Gewerkschaften wurden 1933 von den Nazis enteignet, viele unserer aktiven Gewerkschafterinnen sperrten die Nazis in die KZs, quälten und ermordeten Tausende unserer KollegInnen.

Robert gehört zu den Aktiven in der antirassistischen und antifaschistischen Bewegung in Hanau-Fuldau und er wird in seinem Beitrag die Rechtsentwicklung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Hintergründe beleuchten.